

Große Anfrage

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Klaus Haupt, Jürgen Türk, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Dr. Wolfgang Gerhardt, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Dr. Edzard Schmidt-Jorzig, Gerhard Schübler, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele und der Fraktion der F.D.P.

Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land

Der Tourismus leistet in Europa einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, zur Beschäftigung, zur regionalen Entwicklung und zum Außenhandel. In vielen europäischen Ländern ist er ein maßgebender Wirtschaftsfaktor. Als Dienstleistungsbranche gehört er zu den zukunftsorientierten Branchen. Der Tourismus bietet strukturschwachen Regionen, wie ländlichen Gebieten und Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung, wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Tourismus fördert die kulturelle und wirtschaftliche Integration innerhalb der Europäischen Union. Durch ihn wird die kulturelle Vielfalt Europas mit ihren unterschiedlichen Lebensformen vermittelt. Er stärkt die wirtschaftliche Position der Standorte und bietet die Chance, durch ökologisches Wirtschaften die Umwelt, die Basis für touristische Aktivitäten ist, zu schützen und zu wahren.

Seit Jahresbeginn ist der bargeldlose Zahlungsverkehr mit dem Euro möglich. Die wirtschaftlichen Vorteile eines großen integrierten Wirtschaftsraumes mit einer einheitlichen Währung sind eine große Chance für die deutsche Tourismuswirtschaft und ihre Entwicklung im Binnenmarkt.

Die F.D.P. hat sich konsequent für den Euro eingesetzt und die Euro-Einführung nachhaltig unterstützt. Die einheitliche Währung beseitigt Wechselkursrisiken und stellt Preistransparenz her. Teure Geschäfte beim Währungsumtausch und Unsicherheiten bei deren Planung und Kalkulation werden der Vergangenheit angehören. Die Preistransparenz führt zu verstärktem Wettbewerb. Das Preis-/Leistungsverhältnis wird für Kurzurlauber, Geschäftsreisende, Tagungsveranstalter, Anbieter von Ausflugsreisen, um nur einige zu nennen, noch mehr zum Entscheidungskriterium, ob sie z. B. das Hotel in Straßburg oder in Offenburg, in Maastricht oder in Aachen buchen.

Die Rahmenbedingungen für die Konkurrenzfähigkeit der Tourismuswirtschaft im europäischen Wettbewerb werden von politischen Entscheidun-

gen bestimmt; sie bestimmen die Lebensqualität in den betroffenen Regionen und ihrer Touristen, das Angebot von Dienstleistungen und den Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes. Die nationale Politik hat die Aufgabe, die Grundlage für faire Wettbewerbschancen für die deutsche Tourismuswirtschaft innerhalb des EU-Binnenmarktes zu schaffen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Euro-Einführung auf die deutsche Tourismuswirtschaft?
2. Bestehen steuerliche Wettbewerbsvorteile/steuerliche Wettbewerbsnachteile der deutschen Tourismuswirtschaft gegenüber der Tourismuswirtschaft in den anderen EU-Staaten, und wenn ja, welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, um die deutschen Wettbewerbsnachteile zu beseitigen?
3. Bestehen arbeitsrechtliche Wettbewerbsvorteile/arbeitsrechtliche Wettbewerbsnachteile der deutschen Tourismuswirtschaft gegenüber der Tourismuswirtschaft in den anderen EU-Staaten, und wenn ja, welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, um die arbeitsrechtlichen Wettbewerbsnachteile in Deutschland zu beseitigen?
4. Bestehen weitere gesetzlich bedingte Wettbewerbsvorteile/Wettbewerbsnachteile, z.B. im Bereich der Hygiene- und der Bauvorschriften, der deutschen Tourismuswirtschaft gegenüber der Tourismuswirtschaft in den anderen EU-Staaten, und wenn ja, welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, um die deutschen Nachteile durch gesetzliche Vorschriften zu beseitigen?
5. Welche tourismusrelevanten Projekte fördert die Bundesregierung mit dem Ziel der Stärkung benachteiligter Regionen und des Zusammenwachsens von Europa?
6. In welcher Höhe werden diese Projekte jeweils gefördert?
7. Durch welche Bundesministerien und im Rahmen welcher Haushaltsmittel erfolgt dieses jeweils?
8. In welcher Weise und mit welchen Mitteln hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sich für die Förderung des Tourismus in Europa, insbesondere in bezug auf grenzüberschreitende Projekte, eingesetzt?
9. Durch welche Maßnahmen wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Förderung des grenzüberschreitenden, europaweiten Tourismus von der Deutschen Zentrale für Tourismus flankiert?
10. In welchem Umfang und in welcher Weise werden Nichtregierungsorganisationen bei der Förderung von Tourismusangeboten berücksichtigt?
11. Wie viele Arbeitnehmer sind nach Kenntnis der Bundesregierung auf der Basis von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in der deutschen Tourismusbranche beschäftigt?
12. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der deutschen Tourismusbranche, daß die rechtlichen Änderungen der „630-DM-Jobs“ nega-

tive Folgen für den betroffenen Sektor und den jeweiligen Wirtschaftsstandort seiner Unternehmen haben werden?

Wenn ja, was plant die Bundesregierung zum Ausgleich der Wettbewerbsnachteile?

13. In welcher Höhe wird die deutsche Tourismusbranche durch die Einführung einer nationalen Ökosteuer belastet?

Was plant die Bundesregierung ggf. zum Ausgleich der Wettbewerbsnachteile?

14. Plant die Bundesregierung Schritte, und wenn ja, in welcher Form und in welcher Höhe, zur Stärkung des nationalen Tourismus bzw. der Tourismuswirtschaft?

15. Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß für eine Übergangszeit der halbierte Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie in Deutschland eingeführt wird, womit sich Deutschland den Vorschriften der Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten anschließen würde?

Bonn, den 17. März 1999

Ernst Burgbacher
Klaus Haupt
Jürgen Türk
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Jörg van Essen
Paul K. Friedhoff
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Birgit Homburger

Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Dr. Edzard Schmidt-Jorzig
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion